

Gesellschafts- und Handelsrecht

Begründet von Theo Guhl

12. Auflage

**Jean Nicolas Druey
Eva Druey Just
Lukas Glanzmann**

Jean Nicolas Druey

Prof. Dr. iur., LL.M., Emeritus der
Universität St. Gallen

Eva Druey Just

Dr. iur., Lehrbeauftragte an der Universität Basel,
Rechtsanwältin in Chur

Lukas Glanzmann

Prof. Dr. iur., LL.M., Titularprofessor an der Universität
St. Gallen, Rechtsanwalt in Zürich

Gesellschafts- und Handelsrecht

12., vollständig überarbeitete Auflage

Begründet von
Theo Guhl

Schulthess § 2021

Zitiervorschlag:

Druey / Druey Just / Glanzmann, Gesellschafts- und Handelsrecht, 12. A. Zürich 2021, § xx N yy.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.d-nb.de>> abrufbar.

Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, vorbehalten. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme.

© Schulthess Juristische Medien AG, Zürich · Basel · Genf 2021
ISBN 978-3-7255-8009-5

<www.schulthess.com>

Vorwort zur 12. Auflage

Die Funktion, welche die Verfasser mit dem vorliegenden Buch verfolgen, bleibt sich gegenüber den Voraufagen gleich. Es fühlt sich weiterhin dem Grundmotiv des Begründers Theo Guhl verpflichtet, eine grössere Materie als einen zusammenhängenden Rechtskörper hervortreten zu lassen. Mehr noch als damals beherrschen in der Schweiz wie anderswo Kommentare für das rasche Nachschlagen und die Nusschalen für das rasche Lernen die rechtsbibliografische Szene. Sie bedürfen der Mitte, des systematischen Lehrbuchs, das die Einzelheiten konsolidiert und damit die Verbindung von den Grundgedanken zu den spezifischen Fragen lebendig werden lässt.

Ebenfalls der Tradition entsprechend, wird der Band nicht auf eine Vielzahl von Autoren verteilt. Guhl war alleiniger Autor der Gesamtdarstellung des Obligationenrechts, die nachfolgenden Max Kummer und Jean Nicolas Druey waren je Neuredaktoren des hier vorgelegten Teils zum Gesellschafts- und Handelsrecht. In der Voraufage und der jetzigen zwölften sind es nun zwei, Eva Druey Just und Lukas Glanzmann, welche den Stoff intensiv weiterbearbeitet haben. Jean Nicolas Druey hat nochmals den einführenden Paragraphen mit dem Konzernrecht und das Wertpapier- und Bucheffektenrecht übernommen.

Seit Jahren pendent, ist am 19. Juni 2020 die Gesamtrevision des Aktienrechts abgeschlossen worden. Der Idee dieses Buchs entsprechend hat Lukas Glanzmann die zahlreichen Neubestimmungen ins Gesamtbild integriert. Im gleichen Sinn hat Eva Druey Just das neue Handelsregisterrecht eingearbeitet.

Berücksichtigt sind neue Publikationen und die Rechtsprechung bis Ende Oktober 2020. Der Stand der Gesetzesbestimmungen ist zum 1. Januar 2021 abgebildet.

Die Verfasser schulden RA Benedikt L. Rutscheidt grossen Dank für seine ausgezeichnete Arbeit. Er hat nicht nur den wissenschaftlichen Apparat, die Register und die zentrale Redaktion betreut, sondern insbesondere auch bei der Einarbeitung der zahlreichen Gesetzesänderungen einen wesentlichen Beitrag geleistet. Mario Kumschick, Dr. Yves Mauchle, Dr. Silvan Loser und Sammy Guidoum danken wir für die kritische Durchsicht der Ausführungen zum Steuerrecht, zum Recht der Publikumsgesellschaften bzw. zum Revisions- und Rechnungslegungsrecht.

Jean Nicolas Druey
Eva Druey Just
Lukas Glanzmann

Basel/Chur/Zürich, Ende Januar 2021

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 12. Auflage	V
Literatur	XXXV
Kommentare	XLIII
Materialien	XLV
Abkürzungen	XLVII

Teil I: Das Gesellschaftsrecht

1

1. Kapitel: Grundlagen

1

§ 1 Gesellschaft, juristische Person, Organisation, Unternehmen, Konzern ..

1

I. Gesellschaft	1
1. Begriff	1
a) Gemeinsamer Zweck	1
b) Wirtschaftlicher Zweck	1
2. Handelsrecht	2
II. Juristische Person	2
1. Merkmal von Gesellschaften	2
2. Konsequenzen	2
a) Rechtssubjekt	2
b) Gründungsakt	3
c) Gewillkürter Sitz	3
3. Die Haftung im Besondern	4
a) Was ist «Verhalten» der juristischen Person?	4
b) Keine Schuldenhaftung der Beteiligten	4
c) Haftung für Organverhalten	5
III. Organisation	5
1. Gesellschaftsrecht ist Organisationsrecht	5
a) Zweckorientierung	5
b) Organisieren und Organisation	6
c) Autonomie	6
d) Bewirtschaftung von Mitteln	7
e) Aufbau- und Ablauforganisation	7
2. Konsequenzen	8
a) Organisationsfreiheit	8
b) Auslegung	8
3. Der Staat als Organisation	9

IV. Unternehmen	9
1. Unternehmen und Gesellschaft	9
a) Vertikale wirtschaftliche Organisation	9
b) Gesellschaft ist Unternehmensträgerin	9
c) Nicht Rechtssubjekt, aber Rechtsstruktur	10
d) Rechtliche und betriebswirtschaftliche Sicht	10
e) Unternehmen und Betrieb	11
f) Vorsicht mit dem Ausdruck «wirtschaftlich»!	11
2. Konsequenzen	12
a) Publizität	12
b) Unternehmenstransfer	12
c) Sorgfalts- und Treuepflicht	13
d) Ausserhalb des Gesellschafts- und Handelsrechts	13
V. Der Konzern im Besondern	14
1. Das wirtschaftliche Phänomen	15
a) Die Struktur	15
b) Die wirtschaftliche Bedeutung	16
c) Der Begriff	17
2. Das Konzernrecht	19
a) Besitzt die Schweiz ein Konzernrecht?	19
b) Ansätze zu einem spezifischen Konzernrecht im geltenden Recht .	20
c) Kategorien des Konzernrechts	23
3. Zentrale Regelungsbereiche	24
a) Das Konzernorganisationsrecht	24
b) Das «Konzerninteresse»	26
c) Haftung aus Konzerntätigkeit	28
§ 2 Das System der Gesellschaftsformen	29
I. Die Konzeption	29
1. 3 × 3 Möglichkeiten	29
a) Haftung der Gesellschafter für die Schulden der Gesellschaft	29
b) Übertragbarkeit der Anteile	30
c) Kündbarkeit der Beteiligung	30
d) Weitere Einteilungen	31
2. Drei Gruppen von gesetzlichen Formen	31
a) Einteilung im OR	31
b) Profile	31
3. Gesellschaftsform und Realtyp	31
a) Personen-/Kapitalbezogen	32
b) Idealtyp / Realtyp	34
4. Numerus clausus und Mischformen	34
a) Numerus clausus	34
b) Gesetzliche Mischformen	35
c) Gesellschaftlicher Freiraum	36

II. Rechtstatsächliches	36
1. Übersicht	36
2. Würdigung	37
2. Kapitel: Personengesellschaften	39
§ 3 Die einfache Gesellschaft: Grundlagen	39
I. Definition und Wesen	40
1. Begriff	40
a) Gemeinsamer Zweck und gemeinsame Mittel	40
b) Gesellschaften mit oder ohne strukturierte Organisation	41
c) Gesellschafter	41
2. Die einfache Gesellschaft als Grundmodell aller Gesellschaften	42
a) Subsidiärordnung aller Personengesellschaften	42
b) Anwendungsbereich	42
c) Sonderfall der einfachen Gesellschaft mit kaufmännischer Tätigkeit	42
3. Juristische Einheit?	44
a) Keine juristische Person	44
b) Kein Handeln im Namen der Gesellschaft	44
c) Kein Namens- und Firmenschutz	44
d) Gesellschaftsvermögen	45
II. Anwendungsbereich	45
1. Erscheinungsformen	45
a) Mögliche Bezeichnungen	45
b) Beispiele	47
2. Ausgestaltung und Reichweite	48
a) Massgeblicher Vertragswille der Gesellschafter	48
b) Reichweite der Gemeinschaft	49
III. Aussen- und Innengesellschaft	50
1. Innengesellschaft und stille Gesellschafter	50
2. Auftreten der Gesellschaft	51
3. Rechtsstellung des stillen Gesellschafters	52
§ 4 Die einfache Gesellschaft: Einzelheiten	53
I. Entstehung	53
1. Gesellschaftsvertrag	53
2. Vertragsform	53
a) Grundsatz: Formlosigkeit	53
b) Spezialfälle	53
3. Vertragsmängel	54
II. Innenverhältnis	55
1. Beiträge an die Gesellschaft	55
a) Beitragsarten	55

b)	Einbringung der Beiträge	57
c)	Massgeblichkeit der Vereinbarung für Art und Umfang der Beiträge	57
d)	Zwingender Charakter der Beitragspflicht?	58
e)	Einforderung der Beiträge	58
2.	Mittragung von Gewinn und Verlust	59
a)	Symmetrieregeln	59
b)	«Löwengesellschaften» zulässig	59
3.	Geschäftsführung	60
a)	Geschäftsführung durch die Gesellschafter	60
b)	Harmonisierung der Geschäftsführungshandlungen	60
c)	Notwendigkeit von Gesellschaftsbeschlüssen	60
d)	Sorgfaltspflicht bei der Geschäftsführung	61
4.	Recht auf Information	62
a)	Reichweite	62
b)	Modalitäten	62
III.	Handeln nach aussen	63
1.	Vertretung	63
a)	Vermutung der Vertretungsbefugnis	63
b)	Indirekte Stellvertretung	64
2.	Haftung	64
a)	Umfang der Gesellschafterhaftung	64
b)	Solidarhaftung aller Gesellschafter	65
IV.	Ausscheiden eines Gesellschafters, Auflösung und Liquidation	66
1.	Kündigung des Gesellschaftsvertrags	66
a)	Form und Adressat der Kündigung	66
b)	Ordentliche Kündigung	66
c)	Ausserordentliche Kündigung	66
2.	Weitere Auflösungsgründe	66
3.	Wirkung der Auflösung	67
a)	Ausscheiden eines einzelnen Gesellschafters	67
b)	Übergang der Vermögensrechte auf verbleibende Gesellschafter ...	68
4.	Liquidation	69
§ 5	Die Kollektivgesellschaft: Besonderheiten	71
I.	Wesen	71
1.	Rechtsform	71
a)	Gesellschaft mit kaufmännisch geführtem Gewerbe	71
b)	Gesellschaft ohne kaufmännisches Gewerbe	72
2.	Verhältnis zu den Regeln der einfachen Gesellschaft	72
a)	Subsidiäre Geltung des Rechts der einfachen Gesellschaft	72
b)	Besonderheiten der Kollektivgesellschaft	73
c)	Abgrenzung von der einfachen Gesellschaft	74
d)	Beschränkung auf natürliche Personen	74

3. Gesellschaftsvermögen	74
a) Haftungssubstrat	74
b) Forderungen der Gesellschafter gegen die Gesellschaft	75
c) Verrechnung mit Gesellschaftsforderungen und -schulden	75
4. Wirtschaftliche Bedeutung der Kollektivgesellschaft	76
II. Innenverhältnis	76
1. Basis: Einfache Gesellschaft	76
2. Rechnungslegung	76
III. Aussenverhältnis	77
1. Vertretung	77
a) Bedeutung des Handelsregistereintrags	77
b) Entzug der Vertretungsmacht	77
2. Haftung	78
a) Solidarhaftung	78
b) Konkursbetreibung	78
c) Verhältnis von Gesellschafts- und Gesellschaftergläubigern	78
IV. Wechsel im Gesellschafterbestand, Auflösung und Liquidation	79
1. Gesetzliche Regelung der Liquidation	79
2. Ausscheiden eines Gesellschafters	79
a) Fortsetzung der Gesellschaft	79
b) Haftung ein- und austretender Gesellschafter	80
c) Bestimmung der Liquidationsanteile	81
3. Auflösung	81
4. Liquidation	81
§ 6 Die Kommanditgesellschaft: Besonderheiten	83
I. Wesen	83
1. Der Kommanditär als ausschliesslicher Geldgeber	83
2. Bedeutung der Kommanditgesellschaft	84
a) Wirtschaftliche Bedeutung	84
b) Einsatzmöglichkeiten	85
c) Neuere Entwicklung	85
II. Innenverhältnis	86
1. Geschäftsführung	86
2. Informationsrechte	86
3. Gewinn- und Verlustbeteiligung	87
III. Aussenverhältnis	87
1. Vertretung	87
2. Haftung	88
a) Wesen der Kommanditsumme	88
b) Kommanditsumme – Kommanditeinlage	88
c) Art der Haftung des Kommanditärs	89
IV. Wechsel im Gesellschafterbestand, Auflösung und Liquidation	89

3. Kapitel: Die Aktiengesellschaft	91
§ 7 Das Wesen der AG	91
I. Entwicklung	91
1. Erfolgsgeschichte	91
2. Gesetzgebung	91
a) Allgemein	91
b) Kodifikationen in der Schweiz	92
c) Wachsende Reformfreudigkeit	93
II. Die AG als Kapitalgesellschaft	94
1. Die AG ist ein Personenverband	94
a) Zusammensetzung aus Mitgliedern	94
b) Aber: Einmanngesellschaft möglich	94
2. Die AG ist juristische Person	95
a) Keine Haftung der Aktionäre	95
b) Konstitutive Wirkung des Handelsregistereintrags	95
c) Rechtsfähigkeit	96
d) Durchgriff	96
e) Die AG hat ein Grundkapital	98
III. Begriff, Idee und Typus der AG	98
1. Begriff der AG	98
2. Idee der AG	99
a) Verkäuflichkeit der Aktie	99
b) Fremdverwaltung	99
c) Unkündbarkeit der Mitgliedschaft	100
3. Funktion der AG	100
a) Realtypen	100
b) Zulässigkeit	101
4. Einheit des Aktienrechts	102
5. Grundsätzlich zwingender Charakter	102
a) Prinzip	102
b) Freiraum als Ausnahme	103
6. Formale Natur	103
IV. Gesellschaft und Unternehmen	103
1. Die AG «betreibt» ein Unternehmen	103
a) Die gesetzliche Konzeption	103
b) Unternehmen und nicht wirtschaftlicher Zweck	104
2. Das Unternehmen «benutzt» die Gesellschaft	104
3. Welche Sichtweise gilt?	104
4. Konsequenzen der Unterscheidung	105
§ 8 Das Eigenkapital	107
I. Begrifflichkeiten	108
1. Eigenkapital als Oberbegriff	108

2. Grundkapital (Aktienkapital) als Nominalwert	109
3. Reserven	111
II. Bedeutung des Grundkapitals	112
1. Aus Sicht der Gläubiger	112
2. Aus Sicht der Aktionäre	115
III. Kapitalaufbringung	115
1. Beschränkte Wertsicherung	115
2. Leistungs- und Wertkontrolle	115
a) Einzahlung in bar	115
b) Sacheinlage	116
c) Verrechnung	116
d) Teilliberierung	116
e) Kaduzierung	117
IV. Kapitalerhaltung	118
1. Aktienkapital: Verbot der Einlagenrückgewähr	118
2. Dividenden: Ausschüttung nur aus freiem Eigenkapital	119
a) Ordentliche Dividende	119
b) Ausserordentliche Dividende	120
c) Zwischendividende	121
d) Akontodividende	122
e) Verbot der Verzinsung des Aktienkapitals	122
f) Tantieme	122
3. Beschränkung des Erwerbs eigener Aktien	123
a) Höchstgrenzen	123
b) Kontrolliertes Unternehmen	123
c) Erwerb nur aus ausschüttbaren Mitteln	123
d) Eigene Aktien als Gefahr der Selbstkontrolle	124
e) Offenlegung	124
f) Umstrittene Rechtsnatur	124
4. Rückerstattung ungerechtfertigterweise bezogener Leistungen	125
a) Passivlegitimation	125
b) Rückforderbare Leistungen	125
c) Einrede der nicht mehr bestehenden Bereicherung	126
d) Aktivlegitimation	127
e) Verjährung	127
f) Konkurrenz	127
V. Erosion des Eigenkapitals	128
1. Konzept	128
2. Kapitalverlust	128
a) Tatbestand	128
b) Rechtsfolge	129
c) Relevanz	130
3. Überschuldung	131

a) Tatbestand	131
b) Handlungspflichten bei begründeter Besorgnis	132
c) Handlungspflichten bei Überschuldung	132
d) Rangrücktritt	133
e) Stille Sanierung	135
f) Relevanz	136
VI. Liquiditätskrise	136
1. Bedeutung der Liquidität	136
2. Tatbestand der drohenden Zahlungsunfähigkeit	137
§ 9 Gründung und Kapitalveränderung	139
I. Gründung	139
1. Gründung und Gründer	139
a) Gründung als Akt	139
b) Gründung als mehrstufiger Vorgang	139
c) Wer ist «Gründer»?	140
2. Rechtsgeschäfte für die werdende AG	140
3. Gründungsvorgang	141
a) Zeichnung	141
b) Liberierung	141
c) Errichtungsakt	141
d) Handelsregisteranmeldung	142
e) Handelsregistereintragung	142
4. Qualifizierte Gründungen	142
a) Sacheinlage	142
b) Sachübernahmen	144
c) Verrechnung	144
d) Gründervorteile	145
e) Redundanz	146
5. Gründungsmängel	146
II. Statuten und Reglemente	147
1. Regelungshierarchie	147
2. Notwendiger Statuteninhalt	147
3. Bedingt notwendiger Statuteninhalt	148
4. Reglemente	148
5. Änderung von Statuten und Reglementen	149
III. Die Kapitalerhöhung	149
1. Motive einer Kapitalerhöhung	149
a) Finanzierung	149
b) Gratisaktien	150
c) Unternehmensübernahmen und andere Engagements	150
d) Bilanzielles Gleichgewicht	151
2. Rechtliche Typen der Kapitalerhöhung	151
a) Ordentliche Kapitalerhöhung	151

b)	Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital	152
c)	Kapitalerhöhung aus bedingtem Kapital	152
d)	Kapitalband	153
3.	Bezugsrecht	155
a)	Gefahren für Aktionärsminderheiten	155
b)	Problem der Verwässerung	155
c)	Einschränkung und Ausschluss	156
d)	Einkauf der Neuerwerber in die Reserven	156
4.	Verfahren	157
a)	Drei Sorgen des Gesetzgebers	157
b)	Festübernahme	157
c)	Nennwertaufschreibung	158
d)	Prospektpflicht	158
IV.	Die Kapitalherabsetzung	159
1.	Ordentliche Kapitalherabsetzung	159
a)	Zuständigkeiten	159
b)	Gläubigerschutzverfahren	159
2.	Kapitalherabsetzung bei Unterbilanz	160
a)	Deklarative Kapitalherabsetzung	160
b)	Harmonika	161
§ 10 Die Aktie		163
I.	Die Arten von Eigenkapitalbeteiligungen	163
1.	Aktien	163
2.	Weitere Arten von Eigenkapitalbeteiligungen	164
a)	Partizipationsschein	164
b)	Genussschein und Besserungsschein	166
3.	Arten von Aktien	167
a)	Namen- und Inhaberaktie	167
b)	Stamm- und Vorzugsaktie	168
c)	Stimmrechtsaktie	168
II.	Die Aktie als Wertpapier	170
1.	Kontextabhängige Bedeutung von «Aktie»	170
2.	Wertpapier	170
a)	«Geborenes» Wertpapier	170
b)	Betreuung durch das Bankensystem	170
c)	Sammelverwahrung, Sammelurkunde, einfaches Wertrecht: das Bucheffektengesetz (BEG)	171
d)	Verbleibende Bedeutung des Wertpapierrechts und Aktienrechts .	171
e)	Registerwertrechte	172
III.	Die Verzeichnisse	172
1.	Das Aktienbuch	172
a)	Idee	172
b)	Wirkung	173

c) Anspruch auf Eintragung	173
d) Dispoaktien	174
e) Vertraulichkeit	174
2. Verzeichnis der wirtschaftlich Berechtigten	174
3. Wegfall des Verzeichnisses über die Inhaberaktionäre	175
4. Konsequenzen einer nicht ordnungsgemässen Führung der Verzeichnisse	176
IV. Die Vinkulierung	176
1. Einführung	176
a) Gaspedal und Bremse	176
b) ... oder Fünfer und Weggli	177
c) Kompromiss seit 1991	177
d) Kompromiss macht kompliziert	178
3. Die Vinkulierungsgründe	178
a) Nicht börsengängige Aktien	178
b) Börsengängige Aktien	180
c) Gemeinsame Vorschriften	180
4. Vorgang des Erwerbs	181
a) Gesuch	182
b) Eigentumsübergang	182
c) Genehmigung	183
§ 11 Der Aktionär	185
I. Die Aktie als Mitgliedschaft: Pflichten und Rechte des Aktionärs	186
1. Pflichten des Aktionärs	186
2. Rechte des Aktionärs im Allgemeinen	187
a) Übersicht	187
b) Mitgliedschafts- vs. Drittrechte	187
c) Gegensätzliche Aktionärsinteressen	188
d) Organisatorische Rechte	189
e) Vermögens- und Mitwirkungsrechte	189
3. Vermögensrechte	189
a) Dividenden	190
b) Liquidationsanteil	191
4. Mitwirkungsrechte	191
a) Individualrechte	191
b) Minderheitsrechte	192
5. Informationsrechte	194
a) Rechnungslegung	194
b) Auskunftsrecht	194
c) Einsichtsrecht	195
d) Sonderuntersuchung	196
6. Gleichbehandlungsgebot	198
7. Schutzrechte	199
8. Statutarische Schiedsklauseln	199

II. Verträge mit und unter Aktionären	200
1. Verträge zwischen Aktionären und ihrer Gesellschaft	200
a) Darlehen des Aktionärs an die Gesellschaft	200
b) Darlehen der Gesellschaft an den Aktionär	201
c) Organschaftsverträge	203
2. Aktionärbindungsverträge	203
a) Wesen	203
b) Vorkaufsrecht	204
c) Stimmrechtsvereinbarung	205
§ 12 Die Generalversammlung	207
I. Organisatorische Stellung	207
1. Oberstes Organ	207
2. Gesetzliche Kompetenzen	208
a) Festsetzung der Statuten	208
b) Wahlen	209
c) Kontrollfunktionen	209
d) Verwendung des Bilanzgewinns und Verfügung über die Reserven	210
e) Abstimmung über Vergütungen	210
f) Dekotierung der Gesellschaft	210
3. Weitere Kompetenzen	210
II. Arten: Ordentliche und ausserordentliche GV	211
III. Vorbereitung	212
1. Die Einberufung	212
a) Zuständigkeit	212
b) Adressaten	213
c) Frist	214
d) Form	214
e) Reale, hybride und virtuelle GV	215
f) Traktandenliste und Anträge	216
2. Sonderfälle: Universalversammlung und Zirkularbeschluss	218
IV. Durchführung	218
1. Teilnahme	218
2. Ausweis über die Berechtigung	219
3. Vertretung	219
a) Schranken des allgemeinen Vertretungsrechts	219
b) Unabhängiger Stimmrechtsvertreter	220
c) Organstimmrechtsvertretung	221
d) Depotstimmrecht	222
4. Mitwirkungsrechte des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung	223
5. Beschlussfassung	223
a) Formale Voraussetzungen	223
b) Beschlussquoten	223

aa) Reguläres Quorum	223
bb) Qualifiziertes Quorum	224
c) Stichentscheid	225
6. Zudienende Funktionen	225
V. Mangelhafte Beschlüsse	227
1. Rechtsfolgen von Mängeln	227
2. Anfechtbarkeit	228
a) Anfechtungsgründe	228
b) Anfechtungsklage	229
3. Nichtigkeit	230
§ 13 Der Verwaltungsrat	233
I. Aufgaben	234
1. Geschäftsführung	234
2. Weitere Aufgaben	234
a) Im Zusammenhang mit der GV	235
b) Erstellen und Bereitstellung des Geschäftsberichts	235
c) Überwachung der Zahlungsfähigkeit und Handeln bei Kapital- verlust oder Überschuldung	235
d) Zusätzliche Pflichten bei börsenkotierten Gesellschaften	236
e) Auffangkompetenz	236
3. Delegation der Geschäftsführung	236
a) Wesen und Form	236
b) Beschränkung	237
c) Katalog der gesetzlichen Delegationsverbote	237
4. Vertretung der Gesellschaft	239
a) Vertretungsmacht der VR-Mitglieder	239
b) Erteilung der Vertretungsbefugnis	240
5. Sorgfalts-, Treue- und Gleichbehandlungspflicht	240
a) Sorgfaltspflicht	241
b) Treuepflicht	242
c) Gleichbehandlungspflicht	243
6. In-sich-Geschäfte	243
II. Das Rechtsverhältnis der Verwaltungsratsmitglieder zur Gesellschaft ...	244
1. Begründung des Mandats	244
a) Wahl und Annahme	244
b) Formelle Voraussetzungen, insbesondere Beschränkung auf natürliche Personen	244
c) Persönliche Voraussetzungen: Befähigung, Unabhängigkeit	245
2. Inhalt des Rechtsverhältnisses	246
a) Qualifikation	246
b) Vergütung	247
c) Vergütungen bei Publikumsgesellschaften	248
3. Dauer	249

III. Die Geschäftsordnung	250
1. Zuständigkeit zum Erlass	250
2. Präsident, Delegierte, Ausschüsse	250
3. Sitzungen	251
4. Information der VR-Mitglieder	252
5. Beschlussfassung	252
6. Mangelhafte Beschlüsse	254
IV. Von Corporate Governance zu «ESG»	254
1. Die Evolution von Corporate Governance	254
a) Begriff und Zielsetzung	254
b) Principal-Agent-Theory: der Kapitalgeber im Fokus	255
c) Vom Shareholder- zum Stakeholder-Value-Ansatz	255
d) Von den Fragen zu den Grundsätzen	256
e) Würdigung	256
2. Paradigmenwechsel zu mehr unternehmerischer Verantwortung und Nachhaltigkeit	257
3. Die Entwicklung in der Schweiz	258
§ 14 Die aktienrechtliche Verantwortlichkeit	261
I. Rechtsnatur	262
1. Das allgemeine OR ist nicht ausgeschaltet	262
2. Modell Delikt oder Vertrag?	263
a) Rechtsunsicherheit	263
b) Unterschiede	263
c) Was gilt?	264
3. Besonderheiten	264
II. Einzelne Haftungstatbestände	265
1. Gründungshaftung	265
2. Haftung für Verwaltung, Geschäftsführung und Liquidation	266
a) Wer ist Organ?	266
b) Pflichtverletzung	268
c) Decision Taking und Decision Shaping	268
d) Haftung für Kausalitätsbeiträge und bei Delegation	269
e) Haftung aus Kundgabe	270
f) Kasuistik	270
3. Revisionshaftung	272
III. Die Klageberechtigten	273
1. Direkter vs. indirekter Schaden	274
2. Direkter Schaden	274
3. Indirekter Schaden	275
a) Ausserhalb des Konkurses	275
b) Im Konkurs	275
4. «Doppelschaden»	276
5. Genehmigung	277

a) Intern	277
b) Durch Geschädigte	278
c) Décharge	278
IV. Mehrheit von Verantwortlichen	279
1. Differenzierte Solidarität	279
2. Prozessualer Schutz	279
3. Vergleich	280
V. Exkurs: Weitere Haftungsnormen	280
1. Prospekthaftung	280
2. Haftung für Sozialversicherungsbeiträge	281
VI. Anhaltender Reformbedarf?	282
§ 15 Die Auflösung	283
I. Übersicht	283
II. Auflösung	283
III. Auflösungsgründe	284
1. Beschluss der Gesellschaft	284
2. Statutarischer Auflösungsgrund	284
3. Gerichtliches Urteil	285
a) Konkurs	285
b) Auflösung aus wichtigem Grund	285
c) Organisations- und Gründungsmängel	286
d) Widerrechtlichkeit oder Unsittlichkeit	287
IV. Liquidation	288
1. Zweck	288
2. Liquidatoren	288
3. Verfahren	289
a) Eröffnungsbilanz und Schuldenruf	289
b) Weitere Liquidationsaufgaben	289
c) Gläubigerrechte	290
d) Verteilung des Vermögens	290
V. Löschung	290
VI. Sonderfall: Verstaatlichung	291
§ 16 Publikumsgesellschaften: Besonderheiten	293
I. Begriff der Publikumsgesellschaft	293
II. Auf Publikumsgesellschaften anwendbare Vorschriften	294
1. Vorschriften des Aktienrechts	294
2. Finanzmarktrechtliche Vorschriften	295
3. Selbstregulierung der Handelsplätze	296
III. Kotierung an der SIX Swiss Exchange	296
1. Initial Public Offering (IPO)	296

2. Börsensegmente	297
3. Anforderungen an den Emittenten und den Valor	297
4. Prospektpflicht	298
5. Folgen der Kotierung	301
a) Finanzberichterstattung und Corporate Governance	301
b) Ad-hoc-Publizität	302
c) Offenlegung von Management-Transaktionen	303
d) Offenlegung von Vergütungen und Beteiligungsrechten	303
e) Offenlegung von bedeutenden Beteiligungen	303
IV. Öffentliche Kaufangebote	304
1. Begriff des öffentlichen Angebots	304
2. Pflicht zur Unterbreitung eines Angebots	305
3. Angebotspreis bei einem Pflichtangebot	306
4. Pflichten der Zielgesellschaft	307
5. Squeeze-out	308
V. Verbot des Insiderhandels und der Kursmanipulation	308
1. Aufsichts- und strafrechtliche Verbote	308
2. Ausnützen von Insiderinformationen	309
3. Kurs- bzw. Marktmanipulation	310
4. Kapitel: Die übrigen Kapitalgesellschaften	313
§ 17 Die Kommanditaktiengesellschaft: Besonderheiten	313
I. Vorbemerkung	313
II. Begriff	313
III. Gründung	314
IV. Die Organisation	314
1. Generalversammlung	314
2. Verwaltung	315
3. Aufsichtsstelle	315
V. Die Auflösung	315
§ 18 Die GmbH: Besonderheiten	317
I. Idee und Entwicklung	317
1. Idee der GmbH	317
a) GmbH als personenbezogene Kapitalgesellschaft	317
b) Selbstorganschaft als Leitbild	317
2. Einführung der GmbH in der Schweiz	318
3. Das neue GmbH-Recht	318
4. Verhältnis zum Aktienrecht	319
II. Gründung und Finanzierung	319
1. Gründung	319
2. Eigenkapital	320

a) Stammkapital und Reserven	320
b) Kapitalerhöhung und -herabsetzung	320
c) Genuss-, aber keine Partizipationsscheine	321
d) Unterschiede zwischen Stamm- und Aktienkapital	321
3. Nachschusspflicht	321
III. Organisation	322
1. Gesellschafterversammlung	322
a) Befugnisse	322
b) Einberufung	323
c) Beschlussfassung	323
d) Mangelhafte Beschlüsse	324
2. Geschäftsführung	324
a) Prinzip der Selbstorganschaft	324
b) Aufgaben der Geschäftsführung	324
c) Mangelhafte Beschlüsse	325
3. Revisionsstelle	325
IV. Besondere Rechte und Pflichten der Gesellschafter	325
1. Bedeutung der Statuten	325
2. Nachschuss- und Nebenleistungspflichten, Konventionalstrafen	326
3. Treuepflicht und Konkurrenzverbot	326
4. Informationsrecht	327
V. Gesellschafterwechsel und Ausscheiden von Gesellschaftern	327
1. Gesellschafterwechsel	327
a) Vinkulierung als Normalfall	327
b) Qualifiziertes Schriftlichkeitserfordernis für Übertragungsvertrag	328
2. Ausscheiden von Gesellschaftern	328
a) Austritt	328
b) Recht auf Anschlussaustritt	329
c) Ausschluss	329
d) Anspruch auf Abfindung	329
VI. Auflösung und Liquidation	330
5. Kapitel: Die Genossenschaft	331
§ 19 Idee und Konzept	331
I. Idee	332
1. Demokratie und Selbsthilfe	332
2. Genossenschaftszweck	333
a) Indirekte wirtschaftliche Hilfe	333
b) Vielfalt von Tätigkeitsbereichen	334
c) Selbsthilfe durch Kooperation	334
3. Aussenseiterstellung der Genossenschaft im System der Organisationsformen	335

a)	Keine Gesellschaft im eigentlichen Sinn	335
b)	Wesenszüge der anderen Organisationsformen in der Genossenschaft	335
c)	Verdrängung der Genossenschaft durch die Organisationsformen AG und Verein	336
II.	Die Genossenschaft als juristische Person	336
1.	Errichtung	336
a)	Gründungsvoraussetzungen	336
b)	Grundkapital	337
c)	Liquidation	338
2.	Haftung	338
a)	Haftung der Genossenschafter	338
b)	Geltung der Haftungsbestimmungen bei Mitgliederwechsel	339
c)	Gläubigerschutz bei drohender Zahlungsunfähigkeit, Kapitalverlust und Überschuldung der Genossenschaft	339
III.	Die Genossenschaft als Grossorganisation	339
1.	Prinzip der Fremdverwaltung	339
a)	Verwaltung als Geschäftsführungsorgan	339
b)	Generalversammlung	340
c)	Möglichkeit der Ausweitung der Kompetenzen der Verwaltung ...	340
2.	Rechnungslegungspflicht	341
3.	Revisionsstelle	341
IV.	Eingegliederte Genossenschaften	341
1.	Genossenschaftsverbände	342
2.	Einflussnahme des Dachverbands auf die Gliedgenossenschaften	342
V.	Versicherungs- und Bankgenossenschaften	342
§ 20	Die Mitgliedschaft	345
I.	Eintritt, Austritt, Übertragung	345
1.	Prinzip der offenen Tür	345
2.	Beitrittsformalitäten	346
3.	Grundsatz des freien Austrittes	346
a)	Kündigung der Mitgliedschaft	346
b)	Statutarische Erschwerung des Austrittes	346
c)	Abfindungsanspruch	347
4.	Ausschlussmöglichkeit	348
5.	Weitere Untergangsgründe	349
6.	Übertragung der Mitgliedschaft	349
II.	Rechte	350
1.	Grundsatz der Gleichbehandlung der Genossenschafter	350
2.	Mitgliedschaftsausweis	351
3.	Stimmrecht	351
4.	Informationsrecht	352

5. Gewinnverteilung	352
6. Recht auf Nutzung der Genossenschaftsleistungen	352
III. Pflichten	353
1. Beitrags- und Leistungspflichten	353
2. Die statutarische Nachschusspflicht	354
3. Die persönliche Haftung der Genossenschafter für Genossenschaftsschulden	355
4. Statutenänderungen hinsichtlich Nachschusspflicht und persönlicher Haftung	356
5. Der Eintritt und das Ausscheiden von persönlich haftenden oder nachschusspflichtigen Mitgliedern	356
6. Kapitel: Umstrukturierungen	359
§ 21 Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung	359
I. Arten von Umstrukturierungen	359
1. Umstrukturierung des Rechtsträgers bzw. des Unternehmens	359
2. Grundformen von Umstrukturierungen	360
a) Fusion	360
b) Spaltung	360
c) Umwandlung	360
d) Vermögensübertragung	360
II. Fusionsgesetz	361
1. Rechtslage vor dem Fusionsgesetz	361
2. Entstehung des Fusionsgesetzes	362
3. Regelungsgegenstand des Fusionsgesetzes	362
4. Regelung in Europa	362
III. Fusion	363
1. Wesen der Fusion	363
a) Übernehmende und übertragende Gesellschaft(en)	363
b) Universalsukzession	363
c) Kontinuität der Mitgliedschaft	363
2. Zulässige Fusionen	364
3. Ablauf der Fusion	364
a) Fusionsvertrag	364
b) Zwischenabschluss	365
c) Fusionsbericht	365
d) Prüfung	365
e) Einsichtsrecht der Gesellschafter	366
f) Konsultation der Arbeitnehmervertretung	366
g) Gesellschafterbeschluss	366
h) Rechtswirksamkeit	367
4. Gläubigerschutz	367
5. Rechtsschutz	368

a) Klage auf Ausgleichszahlung	368
b) Anfechtungsklage	368
c) Verantwortlichkeitsklage	368
6. Bedeutung der Fusion	369
IV. Spaltung	369
1. Wesen der Spaltung	369
a) Aufspaltung und Abspaltung	369
b) Partielle Universalsukzession	369
c) Kontinuität der Mitgliedschaft	370
2. Zulässige Spaltungen	370
3. Ablauf der Spaltung, Gläubiger- und Rechtsschutz	370
4. Bedeutung der Spaltung	371
V. Umwandlung	371
1. Wesen der Umwandlung	371
2. Zulässige Umwandlungen	371
3. Ablauf der Umwandlung, Gläubiger- und Rechtsschutz	371
4. Bedeutung der Umwandlung	372
VI. Vermögensübertragung	372
1. Wesen der Vermögensübertragung	372
2. Zulässige Vermögensübertragungen	373
3. Ablauf der Vermögensübertragung	373
4. Gläubiger- und Rechtsschutz	373
5. Bedeutung der Vermögensübertragung	374
VII. Privatisierung und Verstaatlichung	374
 Teil II: Das allgemeine Handelsrecht	 377
§ 22 Überblick	377
I. Anknüpfung der handelsrechtlichen Bestimmungen	378
1. Kaufmännisches Gewerbe bzw. Unternehmen	378
a) Führung eines Unternehmens als generelles Kriterium	378
b) Ausnahme für landwirtschaftliche Betriebe und freie Berufe	379
c) Ausnahme für die einfache Gesellschaft	379
2. Rechtseinheit des Handelsrechts	380
II. Themen des allgemeinen Handelsrechts	381
1. Handelsregistereintrag, Firmenschutz und Konkursbetreibung	381
2. Einzelbestimmungen	381
3. Handelsregister, Geschäftsfirmen, kaufmännische Buchführung und Rechnungslegung	382
§ 23 Das Handelsregister	383
I. Funktionen	383
1. Publizität	383

2. Weitere Funktionen	384
a) Rechtsgestaltende Wirkung	384
b) Inhaltliche Prüfung	384
II. Inhalt und Aufbau des Handelsregisters	384
1. Gliederung	384
2. Art und Umfang der Angaben	385
III. Organisation	385
1. Handelsregisterbehörden und Rechtsmittelweg	385
a) Kantonale Instanzen	385
b) Bundesverwaltung	386
c) Bundesgericht und Bundesverwaltungsgericht	387
2. Prüfungspflicht bzw. Prüfungsrecht des Handelsregisterführers	387
a) Problemstellung	387
b) Rechtsprechung zur Kognition in materiell-rechtlichen Fragen	388
c) Tendenz zur Erweiterung der Kognition	389
3. Öffentlichkeit des Handelsregisters	390
IV. Eintragungspflicht und -recht	390
1. Eintragungspflicht	390
2. Eintragsrecht	391
3. Registrierung am Sitz des Unternehmens	391
4. Anmeldung	392
V. Wirkungen	393
1. Publizitätswirkung	393
2. Deklaratorische und konstitutive Wirkung	393
3. Ablauf und zeitliche Geltung des Eintrags	394
§ 24 Das Firmenrecht	397
I. Grundlagen	397
1. Die Firma als Unternehmensname	397
a) Abweichung von Rechtssprache und Umgangssprache	397
b) Funktionen der Firma: Identifikation, Information und Selbstdarstellung	398
2. Abgrenzung von anderen Kennzeichnungen	399
a) Name	399
b) Marke	399
c) Enseigne / Geschäftsbezeichnung	400
d) Domain	400
3. Verhältnis der verschiedenen Kennzeichen zueinander	400
II. Präventiver und sanktionierender Schutz	401
1. Elemente des Firmenrechts	401
2. Vollzug des präventiven Schutzes	401
3. Vollzug des reparatorischen Schutzes	401
4. Noch einmal zur Kognition der Handelsregisterämter bei der Prüfung von Firmen	402

III. Anforderungen an die Eintragungsfähigkeit	403
1. Firmenwahrheit	403
a) Unzulässigkeit irreführender Firmenzusätze	403
b) Übereinstimmung der Firma mit dem statutarischen Zweck	404
c) Täuschung ohne Täuschungsabsicht	404
d) Anpassung bei Änderungen	404
e) Fantasiebezeichnungen	405
2. Firmenklarheit	405
a) Erkennbarkeit als Firma	405
b) Angaben zur Rechtsform	406
c) Schreibweise	407
3. Ausschliesslichkeit der Firma	407
4. Verbot rein beschreibender Firmen	408
5. Berücksichtigung öffentlicher Interessen	409
IV. Verwendung der Firma	409
V. Verletzung des Firmenrechts	410
1. Exklusivitätsgarantie als subjektives Firmenrecht	410
a) Inhalt der Exklusivitätsgarantie	410
b) Durchsetzung der Exklusivität	410
2. Kriterien der Verwechslungsgefahr	411
a) Gesamteindruck	411
b) Kennzeichnungskraft	411
c) Perspektive des Publikums	412
d) Verwechslungsgefahr, nicht erfolgte Verletzung	412
e) Konkurrenzverhältnis nicht erforderlich	412
f) Verbundene Unternehmen	413
g) Kasuistik	413
§ 25 Die Buchführung und Rechnungslegung	415
I. Begriff, Entwicklung und heutige Gestalt	415
1. Rechnungslegung als Bericht über ein Unternehmen	416
a) Berichterstattung	416
b) Abbild	416
c) Aussenstehende Adressaten	417
2. Entwicklung	418
3. Quellen und Auslegung	419
a) Quellen	419
b) Auslegung	420
4. Sanktionen	420
5. Nutzen und Defizite der Rechnungslegung	421
II. Geltungsbereich	422
1. Grundsatz und Ausnahmen	422
2. Grössenabhängige Rechnungslegung	423
3. Sondervorschriften	424

4. Kapitalmarktrecht	425
5. Steuerrecht: Massgeblichkeitsprinzip	425
III. Buchführung	425
1. Grundlagen der Buchführung	425
2. Grundsätze ordnungsmässiger Buchführung	426
IV. Grundlagen der Rechnungslegung	427
1. Geschäftsjahr und Geschäftsbericht	427
a) Geschäftsjahr	427
b) Geschäftsbericht	427
2. Genehmigung und Offenlegung	428
a) Genehmigung	428
b) Veröffentlichung und Bekanntmachung	429
3. Darstellung, Sprache und Währung	430
4. Grundsätze ordnungsmässiger Rechnungslegung	431
V. Teile der Jahresrechnung	432
1. Bilanz	432
a) Rechnung per Stichtag	432
b) Doppelte Buchhaltung	433
2. Erfolgsrechnung	435
a) Rechnung für das Geschäftsjahr	435
b) Doppelte Buchhaltung	435
3. Anhang	436
4. Geldflussrechnung	437
5. Inventar, Anlagenspiegel, Eigenkapitalnachweis	437
VI. Inhaltliche Anforderungen	438
1. Gliederung	438
a) Mindestgliederung	438
b) Bilanz	438
c) Erfolgsrechnung	439
d) Verrechnungsverbot	440
e) Bilanzierungsfähigkeit und -pflicht	440
2. Bewertung	441
a) Historischer Wert contra aktueller Wert	441
b) Bewertungsgrenzen	442
c) Abschreibungen und Wertberichtigungen	443
d) Bewertung von Verbindlichkeiten	444
e) Fortführungs- und Liquidationswert	444
3. Reserven	445
a) Allgemein	445
b) Kapital- und Gewinnreserven	446
c) Stille Reserven	446
VII. Zwischenabschluss	447
VIII. Konzerntransparenz	448

1. Konzernrechnung	448
a) Konsolidierung	448
b) Informationeller Zweck	449
c) Konsolidierungspflicht	449
d) Standards	450
2. Offenlegung von Beteiligungen	451
a) Downstream	451
b) Upstream	451
3. Konzerninterne Finanzierung	451
IX. Der Einzelabschluss nach anerkanntem Standard zur Rechnungslegung	452
X. Der Lagebericht	453
XI. Weitere Transparenzvorschriften und Sorgfaltspflichten	454
1. Transparenz bei Rohstoffunternehmen	454
2. Transparenz über nichtfinanzielle Belange	455
3. Transparenz bezüglich Mineralien und Metallen aus Konfliktgebieten und Kinderarbeit	456
§ 26 Die Abschlussprüfung (Revision)	459
I. Prüfungspflicht	459
1. Rechnungslegung und Rechnungsprüfung	459
a) Prüfungsobligatorium: Lange Zeit eine Sondervorschrift für die AG	459
b) Aktuelle Lage	460
c) Geprüft wird nur die Rechnungslegung	461
2. Ordentliche und eingeschränkte Revision	461
a) Idee	461
b) Das «eingeschränkte» Verfahren	461
3. Abschlussprüfung und internes Kontrollsystem	462
II. Prüfungsinstanz	463
1. Terminologie	463
2. Mandatsträger und ausführende Personen	463
3. Wahl	464
4. Fachausbildung	465
a) Drei Stufen	465
b) Revisionsaufsicht	465
5. Unabhängigkeit	466
a) Unabhängigkeit ist Grundbedingung des Prüfens	466
b) Unabhängigkeit «von ...» und Unabhängigkeit «schlechthin»	466
c) Rechtsnatur der Unabhängigkeitsvorschriften: Sorgfaltspflicht/ Wahlvoraussetzung/Faktor der Beweislastverteilung	467
d) «Independence in fact» und «independence in appearance»	467
e) Tatbestände der Unvereinbarkeit (Inkompatibilität)	468

f) Rotation, Begrenzung des Honorarvolumens, Tätigkeitsverbot	469
6. Rechtsfolgen der Nichtbeachtung von Wahlvoraussetzungen	470
III. Prüfungsverfahren	470
1. Prüfungsverfahren als Berufsrecht («Regeln der Kunst»)	470
a) Kein starres Programm	470
b) Abwägung von voraussichtlichem Nutzen und Aufwand	471
c) Prüfungsstandards	471
2. Prüfungsarten	471
a) Verfahrens- und ergebnisorientierte Prüfung	471
b) Prüfungsnachweise	472
3. Mit der Prüfung verbundene Aufgaben	472
a) Dokumentation	472
b) Bericht und Antrag	472
c) Anzeigen	473
d) «Der Rest ist Schweigen»	474
IV. Andere Tätigkeiten für das geprüfte Unternehmen	474
1. Obligatorische Koppelung	474
2. Fakultative Koppelung	475
a) Prüfung bei Gründung und Kapitalveränderung in Kapital- gesellschaften	475
b) Sonderuntersuchung	475
3. Andere Mandate des geprüften Unternehmens an die Revisionsstelle ...	476

Teil III: Wertpapierrecht und Wertrechte 479

§ 27 Das Wertpapierrecht	479
I. Das Wertpapier als Urkunde über ein Recht	480
1. Die Urkunde	480
a) Festhaltung von Information	480
b) Funktionen der Verurkundung von Rechten	480
2. Mögliche Funktionen der Urkunde bei der Geltendmachung	481
a) Präsentationspapier	481
b) Legitimationspapier	481
c) Einfaches Wertpapier	482
d) Qualifiziertes Wertpapier	482
II. Das allgemeine Wertpapierrecht	483
1. Die Bedeutung der Wertpapiereigenschaft	483
a) Bloss negative Umschreibung	483
b) Keine «Verkörperung» des Rechts	483
c) Praktische Bedeutung	484
d) Konsequenzen	485
e) Fehlende Wertpapiereigenschaft (Beispiele)	485

2. Arten von Wertpapieren	486
a) Namen- (Rekta-), Order- und Inhaberpapier	486
aa) Namenpapier	486
bb) Orderpapier	487
cc) Inhaberpapier	488
b) Forderungs-, Mitgliedschafts- und dingliche Rechte	488
c) Abstrakte und kausale Wertpapiere	488
3. Kraftloserklärung (Amortisation)	489
a) Wesen	489
b) Verfahren	489
III. Die Einredelehre (Skripturrecht als Einredebeschränkung)	490
1. Allgemeines	491
a) Begriff	491
b) Skriptur	491
c) Personelle Relativität	491
2. Einreden gegen das verurkundete Recht	492
a) Einreden aus dem persönlichen Verhältnis	492
b) Einreden aus der Urkunde	493
c) «Resistente» Einreden	493
d) Andere Einreden	494
e) Drittverhältnisse	494
3. Mängel der Übertragung	494
a) Fallkategorien	494
b) Position des Inhabers	495
c) Position des Schuldners	495
4. Das Blankett	496
a) Eigenmächtige Ergänzung oder Veränderung der Urkunde	496
b) Vermutung der Ausfüllungsermächtigung	496
IV. Der Wechsel	497
1. Geschichte und wirtschaftliche Funktion	497
a) Wurzel des neuzeitlichen Handels	497
b) Währungsanpassung, Transportsicherung, Kredit	497
c) Wettbewerb der Rechtsordnungen	498
d) Abnehmende Bedeutung	498
2. Rechtliches Konzept	499
a) Zwei Modelle	499
b) Wechselstrenge	499
c) Diskontierung	500
3. Wechselrecht als Modellordnung	500
V. Der Check	500
1. Rechtliche Ordnung	500
a) Verwandtschaft mit dem Wechsel	500
b) Abweichungen	501

2. Wirtschaftliche Funktion	501
a) Verkürzung des Umlaufs	501
b) Umlauf im Bankensystem	502
c) Abnehmende Bedeutung	502
3. Unsicherheit und Aufwand der Zahlung	502
a) Deckung	502
b) Checkübergabe heisst nicht schon Zahlung	503
4. Sonderformen	503
a) Postcheck	503
b) Reisecheck	504
VI. Die Gläubigergemeinschaft bei Anlehensobligationen	504
1. Anleihe	504
2. Wahrnehmung gemeinsamer Interessen	504
§ 28 Bucheffekten, insbesondere Wertrechte	507
I. Das Bucheffektengesetz (BEG)	507
1. Idee	507
2. Anwendungsbereich	508
3. Konto	509
4. Überschüssende Verfügung	510
5. Einfache Wertrechte	510
a) Begriff	510
b) Register	511
II. Registerwertrechte und die Distributed Ledger Technology (Technik verteilter elektronischer Register)	512
1. Recht und IT arbeiten zusammen	512
2. Die DLT-Novelle	514
a) Intention	514
b) Das Objekt: der Token («Registerwertrecht»)	515
c) Das Wertrechtereister	516
d) Wirkungen und Handhabung	517
Sachregister	519
Gesetzesregister	557